



Dr. Franziska Brantner
Ulle Schauws
Sven Lehmann

Mitglieder des Deutschen Bundestags



Dr. Sergey Lagodinsky
Terry Reintke
Rasmus Andresen
Daniel Freund

Mitglieder des Europäischen Parlaments

Herrn
Siegfried Russwurm
Präsident
Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.

11053 Berlin
Allemagne

Brüssel/Berlin, den 7. Juli 2021

Verantwortung deutscher Wirtschaft in Ungarn (offener Brief)

Sehr geehrter Herr Russwurm,

es kommt nicht oft vor, dass sich Abgeordnete mit einem Appell direkt an Führungskräfte der Wirtschaft wenden. Wir Mitglieder des Europäischen Parlaments und des Deutschen Bundestags sind nach sorgfältiger Überlegung zu dem Schluss gekommen, dass dieser Schritt richtig und notwendig ist. Denn die Lage ist ernst und wir appellieren an Ihren Sinn für Verantwortung.

Mitte Juni beschloss das ungarische Parlament eine Reihe von Gesetzesänderungen, die unter dem Deckmantel des vermeintlichen Kinderschutzes europäische Grundrechte wie das Recht auf Meinungsfreiheit auf eklatante Weise verletzen. Die neuen, Ihnen sicherlich bekannten Gesetze stellen eine unerhörte Diskriminierung und gezielte Diskreditierung der Lebensweise von LGBTI-Menschen dar. Sie knüpfen an die Gesetze in der Russischen Föderation an, die eine neue Phase starker gesellschaftlicher Unterdrückung eingeläutet haben.

Diese Gesetze bilden aber auch in Ungarn nur den bisherigen Höhepunkt einer langen Entwicklung. Bereits seit Jahren entfernt sich die ungarische Regierung vom Wertekanon der EU. Wir beobachten die rassistisch motivierte Unterdrückung und systematische Ausbeutung von Minderheiten wie Menschen mit Romno-Hintergrund. Freie Medien werden verdrängt und finanziell ausgehungert. Zu Beginn dieses Jahres stellte der letzte freie Radiosender seinen Betrieb ein. Orban steht nun als erster Regierungschef der EU auf der Liste der "Feinde der Pressefreiheit" der Organisation Reporter ohne Grenzen. Unliebsame Hochschulen und Wissenschaftler fliehen vor ideologischer Gleichschaltung. Die Regierung entmündigte die Budapester Theateruniversität SZFE, vertrieb die Zentraleuropäische Universität (CEU) und siedelte stattdessen die chinesische Fudan-Universität an. NGOs und Zivilgesellschaft stehen unter enormem Druck. Kurz gesagt: Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit sterben in Ungarn einen gnadenlosen und stillen Tod.

Wir Unterzeichnende rufen Sie als führende Repräsentanten deutscher Industrie dazu auf, Ihre Zusammenarbeit mit der autoritären Regierung Ungarns zu überdenken und sich Ihrer demokratischen und europäischen Verantwortung bewusst zu werden. Insbesondere:

- Nutzen Sie Ihren unternehmerischen Einfluss, um aktiv für europäische Werte und Grundrechte Position zu beziehen. Konfrontieren Sie Ihre Gesprächspartner aus Ungarn mit der fortschreitenden Zerlegung demokratischer Errungenschaften und gebieten Sie Einhalt, wo immer möglich.
- Ergreifen Sie konkrete Maßnahmen im Bereich Sichtbarkeit und Empowerment von Minderheiten, sorgen Sie für Gleichstellung und Antidiskriminierung in Ihren Betrieben vor Ort und gehen Sie mit gutem Beispiel voran. Denn der Schutz der universalen Menschenrechte und in den Verträgen der EU verankerten Freiheiten ist Ihre unternehmerische Pflicht.
- Legen Sie für Neuinvestitionen die Messlatte der Demokratie, Nicht-Diskriminierung und Menschenrechte an. Weiterhin unkritisches Engagement zementiert die illiberalen Zustände im Land.

Die schleichende Illiberalisierung Ungarns bedeutet ein unternehmerisches Risiko für global agierende Konzerne. Nachhaltige Wertschöpfungsketten und *Corporate Social Responsibility* stehen derzeit im Fokus der Aufmerksamkeit. Mit den Rechtsstaatsdefiziten geht mangelnde Rechtssicherheit einher.

Mit Blick auf die betroffenen Menschen in Ungarn ersuchen wir Sie: Setzen Sie Zeichen und werden Sie aktiv. Fordern Sie die Einhaltung der Grundrechte und die Durchsetzung der Freiheiten.

Die Zeit ist reif für Unternehmertum mit Haltung.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Sergey Lagodinsky MdEP

Dr. Franziska Brantner MdB

Terry Reintke MdEP

Ulle Schauws MdB

Rasmus Andresen MdEP

Sven Lehmann MdB

Daniel Freund MdEP